Der Landrat

Beratungsergebnis

der 4. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 22.03.2021

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

4. Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie

4.2 Corona-Schnelltests in Schulen, Kitas und Unternehmen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 08.03.2021 - DS-Nr.: 5403 -

Zu ihrem Antrag führte die CDU-Fraktion aus, dass vor allem in Schulen und Kitas viele Menschen zusammenkämen, weshalb es sinnvoll sei, dort trotz organisatorischer Schwierigkeiten konsequent zu testen. Sie wolle wissen, wie sich dies aktuell in den verschiedenen Schulformen darstelle und was das Land Nordrhein-Westfalen bereits unternommen habe. Sofern noch keine umfassende Testung erfolge, sei sie auch bereit, als Kreis voranzugehen. Zu den Corona-Testungen in Unternehmen merkte sie an, dass vor allem große Unternehmen bereits eine Strategie entwickelt hätten und testeten. Dagegen bestünden insbesondere bei kleineren Unternehmen noch viele Unsicherheiten und Fragen; ebenso werde das Fehlen von Informationen beklagt. Damit möglichst viele Unternehmen testeten, wünsche sie sich, dass diese beim Kreis einen kompetenten Ansprechpartner hätten und damit eine niedrigschwellige Unterstützung geleistet werde.

Die Verwaltung äußerte, dass es zum Zeitpunkt der Antragstellung durch die CDU-Fraktion seitens des Landes noch keine Lösung gegeben habe. Mittlerweile liege eine E-Mail des Landes vor, wonach alle weiterführenden Schulen, also alle Schüler ab der Klasse 5 unabhängig von der Schulform Selbsttests erhielten und von ihnen unter Aufsicht des Lehrpersonals durchzuführen seien. In der Stadt Verl sei aufgrund der finanziellen Unterstützung durch örtliche Unternehmen bereits eine Woche eher mit den Selbsttests in Schulen und Kitas begonnen worden. Sie könne derzeit nicht beantworten, ob die Selbsttests auch noch für Grundschulen vorgesehen würden. Anders als bei den Erziehern und Grundschullehrern gebe es für Lehrer an weiterführenden Schulen noch kein Impfangebot.

Sofern man in den 116 Kitas und Tagespflegestellen in den zehn Kommunen, für die das Kreisjugendamt zuständig sei, für jedes Kind sowie für das Personal einen Selbsttest pro Woche mit rd. 5 € finanzieren wolle, beliefen sich die monatlichen Kosten auf 200.000 €. In den Städten Gütersloh und Rheda-Wiedenbrück gebe es diesbezüglich derzeit noch keine Überlegungen.

Seit dem 17.03.2021 kämen die Tests sukzessive in den Schulen an. Aufgrund des Wechselunterrichts sei es daher nicht möglich, jedem Schüler einen Test pro Woche zukommen zu lassen. Als Zeitraum habe das Land zunächst die Zeit bis zu den Osterferien genannt, um Erfahrungen sammeln. Wie es danach weitergehe, sei noch unklar. Die Art und Weise, wie die Organisation durch das Land erfolge, sei nicht bei jeder Schulleitung gut angekommen. Zum Teil fühlten diese sich überfordert, weil viele Schüler mehr Unterstützung als eine Anleitung vom Pult aus benötigten, die Lehrkräfte aber keine intensivere

Unterstützung leisten dürften. Wenn ein Schüler einen positiven Test vor sich liegen habe, solle das Lehrpersonal die Situation pädagogisch wertvoll lösen und den Schüler isolieren.

Auch die Förderschulen hätten Selbsttests bekommen; die Lehrkräfte sowie Schulleitungen versuchten nun mit großem Engagement, die Tests umzusetzen. Letztere seien aber nicht für Kinder ausgelegt, die eine intensive Anleitung benötigten. Eine Möglichkeit wäre, für Förderschulkinder Spuck- oder Lutschtests zu beschaffen. Diese seien im Vergleich zum klassischen Selbsttest teurer; so koste ein Spucktest bis zu 8 € und ein Lutschtest bis zu 11 €. Sofern für jeden der kreisweit 1.424 Förderschüler ein Spucktest pro Wochen beschafft würde, beliefen sich die Kosten für eine Woche auf 11.400 € und bei Lutschtests auf 15.600 €. Logistisch sei dies durch die Schulverwaltung ggf. unter Zuhilfenahme der Gruppe für persönliche Schutzausrüstung (PSA) der Verwaltung möglich. Des Weiteren seien die Schüler berechtigt, einen freiwilligen Bürgertest bei sich durchführen zu lassen.

Die CDU-Fraktion äußerte ihren Unmut darüber, dass man sich bereits in der zweiten Woche des Wechselunterrichts befinde, die Selbsttests aber nur zum Teil angekommen seien und sich auch nicht mehr alle vor den Osterferien testen könnten. In Anbetracht der aktuellen Entwicklung werde man bald wieder über Kita-Schließungen sprechen; man sei sich einig, dass man weder Kita- noch Schulschließungen wolle. Die nun vorhandenen Testmöglichkeiten müssten auch genutzt werden. Des Weiteren seien die Kosten für Tests ins Verhältnis zum Erlass von Kita-Beiträgen bei Schließungen zu setzen. Bezüglich der geeigneteren Tests für die Förderschulen frage sie sich, ob nicht ein entsprechender Ersatz oder aber eine Kostenerstattung vom Land möglich sei.

Die FDP-Fraktion teilte die Einschätzung der CDU-Fraktion und erkundigte sich, ob es nicht ein pragmatischer Ansatz sei, lediglich die fehlenden Tests zu beschaffen, um die Selbsttests ans Laufen zu bekommen. Auch seien Tests zu beschaffen, die für die Kinder geeignet seien. Zwar solle mit dem Land über eine Kostenerstattung gesprochen, nicht aber darauf gewartet werden, da ansonsten noch einige Wochen vergingen. Die Verwaltung teilte die Einschätzung, merkte aber an, dass es für das Land auch nicht trivial sei, für alle Schüler Tests zu beschaffen und zu verteilen. Sie wäre dankbar, wenn sie hinsichtlich der Beschaffung von Tests für die Förderschulen Zustimmung erhalte. Bezüglich der Kitas bat sie darum, die Osterferien zu nutzen, um zuvor Rücksprache mit den Kommunen zu halten. Sie könne sich nicht vorstellen, dass das Land die Tests nach den Osterferien einstelle.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass jeder Lockdown-Tag einen immensen wirtschaftlichen Schaden anrichte und auf die Psyche der Bevölkerung gehe. Es sei zu überlegen, was eine effektive Methode zur zeitnahen Erkennung von Corona-Fällen sei. Falls die Selbsttests ein wirksames Mittel seien oder die Verwaltung eine andere Methodik kenne, um die Inzidenz niedrig halten, sei sie gern bereit, auch als dringliche Entscheidung, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Die Verwaltung warnte davor zu glauben, dass die Durchführung von Selbsttests als Maßnahme ausreiche; vor allem handele es sich um eine freiwillige Maßnahme. Wie eine Umsetzung im Kita-Bereich erfolge könne, sei dann noch zu klären. Wahrscheinlich bestehe die Lösung nur darin, dass man den Eltern die Tests für eine Durchführung daheim zur Verfügung stelle.

Die SPD-Fraktion schlug vor, dass die Verwaltung zunächst in einer Vorlage die finanziellen und organisatorischen Bedingungen darstelle. Sie interessiere u. a., wie die Wirksamkeit eines wöchentlichen Tests beurteilt werde.

Die Verwaltung äußerte, dass keine Aussage möglich sei, mit welcher Maßnahme man einen wirklich guten Effekt erziele. Ein unstrittiger Effekt sei das Impfen, jedoch stünden die Impfstoffe aktuell nur limitiert zur Verfügung. Sie warne davor, Selbsttest oder Schnelltests einzusetzen, wenn deren Sensitivität und Spezifität noch nicht bekannt seien. Unverändert gelte es, Abstand zu halten und Maske zu tragen. Die einzelnen Maßnahmen seien zu kombinieren. Von den ersten 200 positiven Schnelltestungen im Kreisgebiet seien etwa 65 % tatsächlich corona-positiv und 15 % negativ gewesen; in den restlichen Fällen sei der Test nicht noch einmal wiederholt worden.

Die GRÜNE-Fraktion zeigte sich verärgert über die bloße Ankündigungspolitik des Landes. Bis zu den Osterferien müsse man eine gewisse Sicherheit bekommen, weshalb so viel wie möglich getestet werden sollte. Es könne nicht sein, dass erst am Ende der Osterferien wieder ein Erlass des Landes für die Schulen komme. Jeder Schüler solle am Montag nach den Ferien einen Test erhalten, auch dann, wenn der Kreis dies selbst organisiere. Die üblichen Coronaregeln seien auf jeden Fall in den Schulen weiterhin einzuhalten. Die Kinder und Jugendlichen seien zu schützen, schließlich seien vor allem sie diejenigen,

die das Virus weiterverbreiteten. Sie sei gern dazu bereit, auch im Wege der Dringlichkeit hierzu einen Beschluss zu fassen.

Die AfD-Fraktion erklärte, dass die Tests ein Baustein seien, um zu einer gewissen Normalität zurückzukehren. Die Organisation für die Tests an Schulen sei sehr chaotisch abgelaufen und Schulträger sowie Eltern würden mit ungeklärten Fragen zurückgelassen. Sie halte es für angebracht, zunächst einmal Ruhe in das Verfahren zu bekommen und vor den Ferien nicht noch weitere Dinge zu beschließen.

Die CDU-Fraktion erklärte, dass es falsch wäre, sich nur auf eine Maßnahme zu stürzen. Sicherlich wäre es besser, zwei- bis dreimal die Woche Tests durchzuführen, allerdings müsse man jetzt überhaupt erst einmal beginnen. Die Eltern bräuchten Planungssicherheit. Der Kreis sollte ihnen mitteilen, dass zumindest am ersten Schultag nach den Osterferien alle Schüler getestet würden, unabhängig davon, wer die Tests zur Verfügung stelle. Die Ferienzeit sollte zur Erarbeitung eines Konzeptes genutzt werden. Man sei bereit, dafür die finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung stellte klar, dass sich die Summe von 200.000 € lediglich auf die Tests für Kitas beziehe. Außerdem habe sie der Diskussion entnommen, dass man sich auch über die Schulen in Kreisträgerschaft hinaus in der Verantwortung sehe. Im Kreisgebiet gebe es rd. 50.000 Schüler, sodass sich die Kosten bei einem Preis von 5 € je Selbsttest auf insgesamt 250.000 €/Woche beliefen.

Die SPD-Fraktion brachte ein, dass diejenigen, die Kontakte zu den Ministerien hätten, diese nutzen sollten. Zwar sei entschieden worden, die Schulen und Kitas wieder zu öffnen, aber nicht sichergestellt worden, dass es nicht wieder zu einem Ausbruchsgeschehen komme.

Die Verwaltung schlug vor, zunächst einige Zahlen wie die Anzahl der Schüler pro Schulform, die Kosten und den zeitlichen Abstand der Tests zusammenzustellen sowie zu prüfen, ob es organisatorisch leistbar sei. Sie wolle nichts ankündigen, was sie nicht umsetzen könne. Sie lege großen Wert darauf, sich mit den anderen Schulträgern, sprich den Kommunen, abzustimmen. Sie versuche, die Zusammenstellung kurzfristig vor den Osterferien zur Verfügung zu stellen.

Die FWG-UWG-Fraktion teilte mit, dass rd. 240.000 Tests notwendig seien, um alle Kinder in den Kitas sowie alle Schüler im Kreisgebiet mit einem Test pro Woche einen Monat lang auszustatten. Allerdings müsse die Beschaffung und Verteilung einer derartigen Menge auch leistbar sein.

Die Verwaltung berichtete ferner, dass die großen Unternehmen bereits sehr erfolgreich mit Schnelltests arbeiteten. Sie habe vermehrt Anfragen bekommen und dazu am morgigen Tage ein Abstimmungsgespräch mit dem Unternehmerverband. Angedacht sei, die Fragen zu Schnelltests und auch zum Impfen im Hinblick auf kleinere, mittlere und große Unternehmen zu bündeln. Die CDU-Fraktion schlug vor, diese dann als „FAQs“ auf der Webseite des Kreises zur Verfügung zu stellen.

Die GRÜNE-Fraktion äußerte abschließend, dass die Verwaltung zunächst die Zusammenstellung erarbeiten und man sich dann per Videokonferenz abstimmen solle.

Auf Nachfrage des Landrates erklärte die CDU-Fraktion, dass das Ergebnis dieser noch ausstehenden Beratung ihren Antrag ersetze.

Der Landrat hielt zu dem vorgeschlagenen weiteren Vorgehen das Einvernehmen fest.

Ergebnis: Ohne Abstimmung